

## Experte fordert mehr Behörden-Netze

**Wunsiedel** – Ein großes Einsparpotenzial sieht Armin Thoma von der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in der Zusammenarbeit von Kommunen und Kreisen. Darüber berichtete er den Mitgliedern des Kreisausschusses in der jüngsten Sitzung. In Nordrhein-Westfalen gebe es mehrere interessante Beispiele, wie Kommunen Aufgaben gemeinsam erledigen können. „Da gibt es etwa mehrere Gemeinden, die ein gemeinsames Finanzzentrum betreiben. Auch eine Servicestelle Personal, eine digitale Postbearbeitung oder die Verwaltung der Gebäude und Flächen mehrerer Kommunen könnten ausgliederte Fachstellen erledigen.“ Voraussetzung dafür sei die Standardisierung von Arbeitsabläufen. Wie Thoma sagt, müssen die Kommunen wegen der knappen Finanzen immer mehr Personal einsparen. Damit sie den Service für die Bürger nicht einschränken müssen, bietet es sich an, Aufgaben interkommunal in einem Backoffice zu bündeln, um genügend Mitarbeiter für kundennahe Dienstleistungen zur Verfügung zu haben. Thoma schreibt derzeit eine wissenschaftliche Arbeit über die Zusammenarbeit von Behörden und bot auch den Kommunen im Landkreis Wunsiedel Rat an.

Landrat Dr. Karl Döhler sieht angesichts der finanziellen Verhältnisse der Kreise und Kommunen in der Region keine Alternative zur Zusammenarbeit. „Wir haben seit einiger Zeit eine gemeinsame Kfz-Zulassung mit Hof. Die wird gut angenommen. Aber es gilt nun, weitere Felder auszuloten, auf denen sich eine Zusammenarbeit lohnt.“



Amin Thoma

Dies sah auch Klaus von Stetten (Freie Wähler) so. „Wenn unser Landkreis langfristig Bestand haben und von einer Fusion verschont bleiben soll, dann müssen wir zeigen, dass wir Kosten einsparen können. Deshalb müssen wir Wege der Zusammenarbeit finden.“

Konrad Scharnagl (SPD) könnte sich vorstellen einen gemeinsamen Datenschutzbeauftragten für alle Kommunen und den Landkreis zu installieren. „Bisher läuft diese Thematik in den Gemeinden so nebenher. Mit einer eigenen Stelle würde der Datenschutz professioneller werden.“ Weitere Vorschläge der Kreisausschuss-Mitglieder waren, gemeinsame Standesämter, Haushalts-Verwaltungs-Stellen oder Personalstabstellen zu schaffen. Dass den Kommunalpolitikern in der Region das Thema Zusammenarbeit unter den Nägeln brennt, war während des Vortrags zu sehen: Fast alle Kreisräte machten sich eifrig Notizen. *M. Bäu*